A2 Aufnahme GHG Hamburg

Gremium:	GHG Hamburg
Beschlussdatum:	03.11.2023
Tagesordnungspunkt:	4. Aufnahme neuer Gruppen

Antragstext

Mitgliedsantrag der GHG Hamburg

Gem. § 5 I, II der Satzung des Bundesverbands grün-alternativer Hochschulgruppen (im Folgenden „Campusgrün“) beantragen wir – die Grüne Hochschulgruppe der Universität Hamburg (im Folgenden GHG Hamburg) – als Mitgliedsgruppe ohne Landesverband bei Campusgrün aufgenommen zu werden.

Bereits auf der 47. Mitgliedsversammlung vom 12. Mai 2023 bis 14. Mai 2023 in Kiel wurde der Mitgliedsantrag der GHG Hamburg angenommen. Aufgrund einer Anfechtung dieses Mitgliedsantrags, durch die damals ebenfalls um Aufnahme bittende Gruppe „CampusGrün Uni Hamburg“, in Folge eines vermeintlichen Formfehlers beantragen wir, nach Rücksprache mit dem Bundesvorstand, erneut die Aufnahme, um Zweifel über die formale Zulässigkeit des Antrags und unseren Mitgliedsstatus im Bundesverband endgültig auszuräumen.

Gerne verweisen wir auch auf das Protokoll der 47. Mitgliedsversammlung, das unter TOP 4 eindrücklich zusammenfasst, warum letztlich alle anwesenden Mitgliedsgruppen bei einer Enthaltung für den Antrag der GHG Hamburg gestimmt haben.

Die Gründe, warum wir als Mitgliedsgruppe aufgenommen werden sollten, die auch bereits auf der 47. Mitgliedsversammlung die anwesenden Mitgliedsgruppen zu einer Annahme unseres Antrags bewegt haben, möchten wir erneut kurz vorstellen.

Grüne Perspektiven auf Hochschulpolitik sind wichtig und bereichern den Campus. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist selbst an unserer Hochschule, die sich Nachhaltigkeit auf die Fahnen schreibt, noch immer nicht überall strukturell verankert. Nach der Auflösung der alten Campusgrün-Gruppe an unserer Universität war für uns deshalb klar, dass es eine neue grüne Gruppe braucht, die sich einmischt und laut wird. Eine, die sich als dezidiert antifaschistisch, queer-feministisch, ökologisch, emanzipatorisch, sozial und basisdemokratisch versteht.

Wir kommen aus unterschiedlichsten politischen Kontexten und haben unter anderem schon in verschiedenen Initiativen in der Stadt, Fachschaften oder in der bundesweiten Studierendenvertretung, dem fzs, (Hochschul-) Politik gemacht, Kampagnen etwa gegen Studiengebühren, Kürzungen an Hochschulen oder für ein besseres BAföG organisiert und vieles mehr.

Für Politischen Wandel braucht es Parlament und Straße, deswegen sind viele von uns auch immer wieder in Bündnissen aktiv. Ihr findet uns zum Beispiel beim Kampf gegen die Klimakrise in Lützerath oder für Solidarität mit der Ukraine auf den Straßen Hamburgs. Hier kämpfen wir zum Beispiel konkret noch für ein Bleiberecht aller Geflüchteten aus der Ukraine, auch Drittstaatenangehörige. Diese Arbeit wollen wir mitnehmen und auch in unserer Arbeit als GHG weiterführen und weiterentwickeln.

Kernforderungen der GHG Hamburg sind unter anderem:

Verbesserung der psychologischen Beratungsstelle der Universität Hamburg

An allen anderen Bundesländern übernimmt das Studierendenwerk die psychologische Beratung, bei uns an der Universität Hamburg die Uni selbst. Das hat Vor- und Nachteile. Klar ist aber: die aktuelle Beratung ist überlastet und das muss sich ändern.

Verbesserung der Studienfinanzierung

Die GHG Hamburg fordert eine grundlegende Reformierung der Studienfinanzierung in Deutschland. Dabei soll das BAföG wieder zu einem Vollzuschuss ohne Verschuldung zurückkehren und elternunabhängig sein. Die Förderhöchstdauer soll über der Regelstudienzeit liegen und die Bedarfssätze realitätsnah angepasst sein.

Da das BAföG jedoch auch ein Bundesthema ist, muss auch überlegt werden, was vor Ort getan werden kann. Es sollte zudem keine Studienkredite geben müssen oder im ersten Schritt wenigstens keine Zinsen darauf geben.

Des Weiteren soll das Semesterticket verbessert werden, indem das Deutschlandticket im Semesterticket mit inbegriffen ist. Die GHG Hamburg setzt sich insgesamt dafür ein, dass Studierende eine finanzielle Unterstützung erhalten, die es ihnen ermöglicht, ohne finanzielle Not ein Studium absolvieren zu können.

Ausfinanzierung der Hochschulen

Die Hochschulfinanzierung muss endlich auf ein angemessenes Niveau angehoben werden, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Dazu gehört auch die Ausfinanzierung der Hochschulen, damit diese nicht länger auf Drittmittel angewiesen sind und eine freie, unabhängige Wissenschaft betreiben können. Auch hier ist ein gemeinsames Vorgehen der Stadtstaaten von Vorteil.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Wir unterstützen die Forderungen von Fridays for Future nach einer umfassenden Bildung für nachhaltige Entwicklung und setzen uns dafür ein, dass diese Forderungen in allen Hamburger Hochschulen umgesetzt werden. Zum Beispiel durch interdisziplinäre Zusatzangebote, spezielle Lehrstühle und Lehrveranstaltungen sowie eine Verpflichtung aller Fachbereiche zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre.